

Laibacher Zeitung.

Nr. 298.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 31. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1866.

Des h. Feiertages wegen erscheint die nächste Nummer am Mittwoch.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. December d. J. die Hofsecretäre Anton Furch und Franz Kaminek, ferner die Vicehofbuchhalter Philipp Melzer, Franz Hanke und Joseph Wadersbach, den Titularhofsecretär Joseph Ritter von Mertens, dann die Rechnungsräthe Anton Ritter von Pütz und Karl Sedlaczek zu Hofsecretären bei dem obersten Rechnungshofe allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Justizminister hat eine bei dem Kreisgerichte in Tarnow erledigte Kreisgerichtsrathsstelle dem dortigen Rathsecretär Johann Salski verliehen.

Am 29. December 1866 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das LXV. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter Nr. 172 die Verordnung der Ministerien des Aeußern, der Finanzen und des Handels vom 20. December 1866, betreffend die mit 1. Jänner 1867 in Wirksamkeit tretende Zollbehandlung britischer, italienischer und französischer Erzeugnisse, — gültig für die Länder des allgemeinen österreichischen Zollgebietes;

Nr. 173 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 23. December 1866 über die Ermächtigung des Nebenzollamtes zweiter Classe zu böhmisch-Einfiedel zur Austrittsbehandlung der mit Vorbehalt der Gebührenrückvergütung erfolgenden Bierausfuhr;

Nr. 174 den Erlaß des Finanzministeriums vom 27. December 1866 wegen Auflassung der mit der Puncirung und mit der Gold- und Silberreinigung bisher betrauten Aemter, — gültig für das ganze Reich.

(W. Ztg. Nr. 315 v. 29. December.)

Am 29. d. M. ist in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet worden:

Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Herzogthum Krain. XV. Stück. Jahrgang 1866.

Inhalts-Übersicht:

18. Erlaß der k. k. Landesbehörde für Krain vom 1. December 1866, Z. 10726,

womit die ernannten Commisäre zur Erprobung der Dampfkessel und zur Ueberwachung derselben, so wie der Functions-Rayon jedes Einzelnen bekannt gegeben werden.

19. Kundmachung der k. k. Landesbehörde für Krain vom 14. December 1866, Nr. 11408, betreffend den Vorspannspreis in Krain für das Jahr 1867.

20. Erlaß der k. k. Landesbehörde für Krain vom 20. December 1866, Nr. 11585, hinsichtlich der Festsetzung der Militär-Durchzugsgebühr für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende December 1867.

Heute wird von demselben Blatte ausgegeben und versendet das XVI. Stück, Jahrgang 1866.

Inhalts-Übersicht:

21. Erlaß der k. k. Landesbehörde für Krain vom 24. December 1866, Nr. 11723, mit einer Erläuterung der Ministerial-Verordnung vom 21. Juli 1864, Nr. 9559, in Betreff der Militärbefreiung auf getheilte Bauernwirtschaften.

Laibach, den 31. December 1866.

Vom k. k. Redactionsbureau des Gesetz- und Verordnungsblattes für Krain.

Nichtamtlicher Theil.

Das Jahr 1866.

Laibach, 31. December.

T. Das Jahr 1866 ist im Begriffe von uns zu scheiden. — Es war ein so ereignißvolles Jahr, daß wir es nicht ohne einen kurzen Nachruf in das Meer der Vergangenheit versinken lassen wollen.

Es ist wohl noch Allen im frischen Gedächtnisse, wie gleich im Beginne des Jahres am politischen Horizonte trübe Wolken aufstiegen, die trotz dem Köhlerglauben vieler Friedfertigen immer drohendere Gestalten annahmen, bis endlich mit dem Sommeranfang die Kriegesurien im Norden und Süden des Reiches zugleich heranstürzten. Während der ländergierige Feind im Süden durch unsere Siege bei Custozza und Vissa in seine Schranken zurückgeworfen wurde, war unseren Waffen das Glück im Norden nicht günstig. Die gewaltige Schlacht bei Königgrätz öffnete dem Feinde und mit ihm den verhängnißvollen Drangsalen des Krieges den Weg bis zum Herzen des Reiches.

Der Friede war, und zwar nicht ohne empfindliche Opfer, geschlossen. Oesterreich war aus dem tausendjährigen Verbanne mit Deutschland hinausgedrängt und um ein reiches Königreich kleiner geworden; nichtsdesto-

weniger schien der Friede doch Allen erwünscht, denn Handel und Wandel lag darnieder und zu große Interessen standen auf dem Spiele!

Mit dem Friedensschlusse gestaltete sich die Situation freundlicher, wenn uns gleich die Cholera, vom Feinde in das Land geschleppt, als böser Gast zurückblieb, und wenn auch die bitteren Nachwehen des Krieges auf dem durch theilweisen Mißwachs geschwächten Wohlstande der Länder schwer lasteten. Das kaiserliche Handschreiben vom 13. October und die darin betonte Aufgabe der Regierung, alle zu Gebote stehenden Mittel zur Heilung der durch den Krieg verursachten Wunden zu verwenden, — die Kaiserreise in den vom Kriege unmittelbar heimge suchten Ländern und die daran sich knüpfenden vielen Beweise der unwandelbaren Treue und Anhänglichkeit an das Gesamtreich, — die Wiedereinberufung der Landesvertretungen diesseits und jenseits der Leitha und die Wiederaufnahme des Ausgleiches mit Ungarn erscheinen uns als freundliche Lichtpunkte im trüben Gewirre des zu Grabe gehenden Jahres.

Werfen wir einen Blick auf andere europäische Staaten, so finden wir mehrere in Mordwaffenstudien vertieft, um in dem neuen Culturzeuge der rapiden Menschenvertilgung nicht überflügelt zu werden. Dieser „Fortschritt“ — auch eine Errungenschaft des Jahres 1866 — kostet zwar viele und viele Millionen, gilt jedoch als so unabweisbar, daß selbst die republicanische Schweiz dafür 15 Millionen opfern zu müssen glaubt. Nebstbei sehen wir Preußen auf dem Grabe des deutschen Bundes ein neues Gebäude auführen und die gelungene Arrondirung vollziehen; Italien unterhandelt mit dem heil. Stuhle und „macht sich“ übrigens „von selbst“; England sucht seine Fener im Stillen unschädlich zu machen und wehrt sich gegen die Reformbewegung; Frankreich studirt eifrig an einer Militärorganisation, welche Armeen aus der Erde stampfen soll, und retirirt aus Rom und Mexico; die Türkei erschöpft ihre Kräfte, um ihrer knechtischkeitsmüden Völker Herr zu bleiben, und dämpft noch immer den officiell schon längst unterdrückten can d i o t i s c h e n A u f s t a n d; Rußland streckt nach allen Seiten hin seine kalten Fühlhörner aus und harret — Gewehr in Arm — der Dinge, die da kommen sollen; Spanien konnte auch im Jahre 1866 vor seinen besten wenn auch fanatischen Freunden keine Ruhe finden, und in Skandinavien macht man noch immer Propaganda für die Unionsidee; der deutsche

Feuilleton.

Laibach, 31. December.

Wie oft schon, wie gerne gab der Feuilletonist der bescheidenen Bitte eines Freundes, um wie viel öfter, um wie viel lieber dem Wunsche der Freundin nach und schrieb darüber, was diese gerne hörten; es ist eine Schwachheit dieser Sorte von Menschen, die sie mit vielen anderen gemein haben: daß sie manchmal Protectionen austheilen. Wie oft auch sind mir solche Wünsche — und wären sie nichts anderes — willkommen, sie werden schließlich doch zu Gedanken, Schlagworte wirken oftmals so wie weiland Moses Zauberstab. Ein Schlagwort, und der Quell der Gedanken sprudelt, sich ergießend — aus der Feder über's leere Papier.

Heute doch geb' ich keine Audienzen! Der Tag allein, die Stunde, in der ich schreibe: sie sind es, die heute mir gebieten. — Wer auch brächte es über sich, den Jahreswechsel so ganz gleichgiltig zu übergehen, heute von anderen Dingen zu plaudern, ohne der Bedeutung des Momentes zu gedenken? — Also keine Protectionen! Und wäre es meine liebste Freundin, die mich bäte: erwähne dies, sage jenes; läge es fernab von meinen Sylvesters- und Neujahrsgeanken, ich müßte es ihr verwehren, selbst auf die Gefahr, daß sie mir schmolle. Was thut's? Das Schmolle läßt so hübsch. Die Sonne leuchtet am schönsten, wenn sie eben hervor aus Wolken bricht; Versöhnung — sei's auch ob des geringfügigsten Streites — ist immer ein Fest.

Es schien, als ob die letzten Tage des Jahres uns mit allen ihren 360 Vorgängern versöhnen wollten, so mild und freundlich sah die Sonne hernieder. Und so wollen wir denn Frieden schließen auch mit 1866, seinen Kriegen, seinen Friedensschlüssen, mit seinen getäuschten Hoffnungen und vereitelten Plänen, ja Frieden

selbst mit der Cholera, die so manchem den ewigen Frieden aufgedrungen hat. Die Trennung wird meist zur Friedensvermittlerin; sind wird doch auch aus Deutschland geschieden und haben damit den Frieden erkaufte! — Es scheidet Einer, an dessen harten, spitzen Seiten du dich oft gestossen — und sieh! du schüttelst ihm die Hand und weinst vielleicht eine Thräne.

Wie, Thranen im Feuilleton? Das ist eine poetische Lizenz, die ich mir nur zu St. Sylvester erlaube; ist heute doch alles versöhnlich gestimmt, so darf ich auch hoffen, daß man mir das Bißchen Salzwasser verzeihen wird.

Ich habe kürzlich irgendwo gelesen, wie jemand Laibach als ein Stück der „guten alten Zeit“, ja, wenn ich nicht irre, als ein „Stück Mittelalter“ preist. So weit zwar will ich nicht gehen, aber die „gute alte Zeit“ ist noch immerhin der Erinnerung werth. Diese „gute alte Zeit“ ist eine Zeit, von der man's nicht recht weiß, wann sie gewesen, und die wahrscheinlich immer und seit unvorordentlich Zeit als solche gepriesen worden ist. Man sprach vor hundert und aber hundert Jahren eben so gut von ihr, als heute; es wird darunter immer die Zeit verstanden, die nicht mehr ist. Die Zeiten werden immer schlechter, und so mag es kommen, daß man die vergangenen die guten nennt. Sie und da aber ist von dieser „guten alten Zeit“ doch etwas noch geblieben. Ich meine nicht Gold, nicht Silber, sondern — Gebräuche. Davon hat unser schönes Vaterland, und Laibach vorne an, noch manches aufzuweisen. So ist es eine hübsche Sitte, daß Freunde und Bekannte sich in den letzten Tagen des Jahres mit einer Gewissenhaftigkeit, die wirklich fast rührend ist, besuchen und aussuchen, es ist ein Haschen nach Händedrücken, ein Rennen und Laufen, wie sonst nie im ganzen Jahre. Erhascht man sich zu Hause nicht, so wird ein glücklicher Moment auf der Gasse, vor der Kirchthüre benützt, um sich der Freundschaft zu versichern. Wie oft hört man da den Refrain: Wir bleiben die Alten!

So auch kam der Feuilletonist heute nochmals zu seiner Lesern, er reicht ihnen seine müdegeschriebene Hand, läßt sie schütteln und schüttelt wieder, ganz nach englischer Sitte. „Wir bleiben die Alten!“

Nun, das ist ganz hübsch, aber in allem sollten wir doch nicht die „Alten bleiben. Wir möchten auch hie und da etwas Neues haben, besonders jene, die Leser im strengsten Sinne des Wortes sind. Es ist gewiß der stille Wunsch manches Casino-Mitgliedes, daß das Rescabinet neue Stühle (oder gar Fauteuils?) und statt des „guten alten“ ein neueres Conversations-Lexicon erhalte. Was ist natürlicher, als wenn man einen solchen Wunsch an die „neue“ Direction adressirt? — Der Kalender zeigt es uns, wie rasch man mit dem „Alten“ oft brechen soll, der zwölfte Glockenschlag, und es ist damit vorüber!

Also profit Neujahr! für dieses haben wir noch manchen Wunsch am Herzen: Dem Landtage, der so friedlich, so heiter mit Spitalsangelegenheiten entschlafen, wünschen wir ein — glücklicheres Wiedererwachen; dem Theaterpublicum mehr Schiller und weniger Birch-Pfeifer; dem Director ein volleres Haus; den Schauspielern ein gutes Gedächtniß; den Sängern reine Kehlen, — wir wünschen Jedem, was er brauchen kann.

Feuilletonisten brauchen Stoff, nicht im buchfiktionalen Sinne des Wortes, nein! Lassen Sie's ja daran nie fehlen, meine Leser; geb' ich ihnen ja doch nur, was Sie mir bieten, in diesen Zeilen zurück. Das Feuilleton ist ein hellfarbiges Kaleidoscop des Lebens, in buntem Gewirre, launig, neckisch vermengt treten da seine Bilder vor's Auge, tout sans dessus dessous.

Nur noch wenige Stunden, dann schlägt die letzte des Jahres. Lassen Sie auch mich schließen, und, wie ich Ihnen, gönnen Sie mir Zeit für meine Privatgedanken, die doch wenig für dieses Geplauder taugten. Erinnerungen, zahllose, heitere, trübe, stürmen auf mich ein, sie möchten alle, alle nochmals bei mir sein.

Und endlich schließt seine Geschichte wahrscheinlich für immer ab, und nur die Verlaßabhandlung ist noch dem kommenden Jahre vorbehalten.

Dieses Panorama bietet uns der Schluß des Jahres 1866 dar. — Wir stehen mit allen fremden europäischen Mächten in guten Beziehungen und wollen nur hoffen, daß die Fäden dieser Beziehungen stark genug sind, um darin Garantien für eine künftige thätigkeitsreiche Freundschaft erblicken zu dürfen. Wir unsererseits wollen bestrebt sein, uns in jenen achtungsgebietenden Stand zu versetzen, der uns mit Ruhe sagen läßt: „Oderint, dum metuant.“

Wenn wir unseren Blick noch weiter schweifen lassen, geschieht es nur, um einerseits aufrichtig zu bedauern, daß im Jahre 1866 auch der Stern des mexicanischen Kaiserthums, für das jeder Oesterreicher eine leicht begreifliche Sympathie nicht verleugnen kann, zu erbleichen begann, und um andererseits der epochemachenden Legung des atlantischen Kabels zu gedenken, deren Vollbringung den Beweis liefert, daß Muth und Ausdauer, gepaart mit Einsicht, alle Schwierigkeiten zu überwinden vermögen.

Wenn man uns die Frage vorlegen wollte, mit welchen Hoffnungen wir das Jahr 1867 betreten dürfen, so würden wir in unserer Antwort eben so wenig von rosigem als von verzweifeltten Ansichten sprechen. Wir glauben zwar nicht an die Wahrheit der im Volke verbreiteten Meinung, daß uns nur ein kurzer Friede gegönnt sei, wohl aber glauben wir, daß es für uns nichtbedeutender ein dringendes Bedürfnis ist, die Zeit des Friedens ohne Zögern und Zaudern zur Ordnung unserer inneren Angelegenheiten zu benützen. Das Sprüchwort: „Gut Ding braucht Weile,“ dürfte als leitender Grundsatz kaum mehr zu empfehlen sein. Großmuth mögen immerhin die Aufgaben sein, vor denen wir stehen; allein unlösliche Aufgaben hat es für Staatsmänner, die ihrer Mission gewachsen sind, zu unserem Troste nie gegeben, daher wir allen Jenen, die noch an der durch die Ereignisse des Jahres 1866 erzeugten Muthlosigkeit leiden, den Rath ertheilen, von dem Jahre 1866, gleich uns, mit frohem Herzen Abschied zu nehmen und hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken.

15. Sitzung des krainischen Landtages

am 28. December.

(Schluß.)

Sobald tritt das Hans in die Tagesordnung, an welcher folgende Geschäftstücke stehen:

1. Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Regelung der Spitalkosten für die nach Laibach zuständigen mittellosen Individuen.

In der 10. Sitzung des Landtages wurde dem Finanzausschusse der Antrag des Landesauschusses: „die Stadtcommune Laibach habe vom Beginne des Jahres 1867 für ihre zahlungsunfähigen Kranken im hiesigen Spitale die Verpflegungsgebühr nur mit zwei Fünftel der jeweilig bestehenden Taxe zu entrichten,“ sammt dem Abänderungsantrage des Herrn Abg. Guttman, „diese Erleichterung der Stadtcommune Laibach schon vom Jahre 1866 zukommen zu lassen,“ zur Vorberathung und Berichterstattung zugewiesen.

Da der Gegenstand der Frage in der letzten Landtagsession in allen Beziehungen eingehend erörtert und der Landesauschuß in seinem, dem Landtage in der 10. Sitzung erstatteten Berichte noch weitere Anhaltspunkte zur Entscheidung derselben an die Hand gegeben, so stellt der Finanzausschuß mit Bezug auf das Minoritätsvotum der letzten Session (stenographisches Protokoll pag. 425—429) und den Bericht des Landesauschusses in der laufenden Session (stenographisches Protokoll pag. 154—158), unter Anschluß eines Auszuges der die Spitalfrage berührenden k. k. Verordnungen) per vota majora nachstehenden Antrag:

„Der Landtag wolle beschließen:

In Erwägung, daß den derzeitigen Leistungen der Stadtgemeinde Laibach an das hierortige Krankenhaus für ihre mittellosen Individuen weder ein besonderes Vertragsverhältniß, noch eine gesetzliche Bestimmung zum Grunde liegt, und diese Leistungen lediglich durch eine administrative Verfügung (Statthalterei-Verordnung vom 31. Mai 1851), welche jeden Rechtsgrundes entbehrt und mit den frühern in dieser Richtung erlassenen Regierungsverordnungen im vollsten Widerspruche steht geregelt werden und nur in Anbetracht, daß wegen der günstigeren Lage der Stadt zu dem Krankenhause Rücksichten der Billigkeit es erscheinen, daß für die Mehrbenützung desselben ein Mehrbetrag entrichtet werde, hat die Stadtcommune Laibach vom Beginne des Jahres 1867 für die zu ihr zuständigen, in dem hiesigen Landespitale behandelten zahlungsunfähigen Kranken die Verpflegungsgebühr mit zwei Fünftel der jeweilig bestehenden Taxe zu entrichten.“

An der hierüber eröffneten Debatte theilnehmen sich die Abgeordneten Koren, Mulley, Guttman, Kromer, Baron Schloßnigg, Dr. Costa, Dr. Toman und der Berichterstatter Dr. Kleiweis, und es wird bei der hierauf erfolgten Abstimmung der Antrag des Finanzausschusses abgelehnt.

II. Bericht des zur Begutachtung des Rechenschaftsberichtes bestellten Ausschusses, betreffend die Grundsteuerfrage.

Der Landtag hat aus dem Rechenschaftsberichte entnommen, daß die von ihm in der letzten Session gefaßten Beschlüsse wegen Erleichterung der Grundsteuer den gewünschten Erfolg nicht gehabt haben.

Die betreffenden Beschlüsse gipfelten in der Bitte: a) die mit allerrh. Entschliebung vom 31. December 1864 gestatteten Steuerabschreibungen in den am meisten überbürdeten Landestheilen mit Würdigung der obwaltenden Verhältnisse nicht nur bei einzelnen Grundbesitzern, sondern auch bei ganzen Gemeinden und Bezirken in einer schon während des Steuerjahres im commissionellen Wege und unter Zuziehung von Vertretern der Theiligten nach Procenten der jährl. Steuervorschreibung zu bestimmenden Quote eintreten zu lassen; b) die mit der erwähnten allerrh. Entschliebung den am meisten überbürdeten Landestheilen gewährte Begünstigung auf das ganze Land in der Art auszudehnen, daß das jährliche Grundsteuer-Ordinarium auf der Grundlage von 12 pCt. anstatt der bisherigen 16 pCt. des Catastralreinertrages ermittelt werde, und daß demgemäß auch die Regelung der Zuschläge zu erfolgen hätte, und c) bei Vornahme der Steuerexecutionen die Beobachtung der hinsichtlich des fundus instructus bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu überwachen.

Darüber hat das hohe k. k. Finanzministerium laut Note des hohen k. k. Landespräsidiums vom 24. Juli l. J., Z. 2004, eröffnen lassen:

ad a) daß es von den bisher diesfalls eingehaltenen Grundsätzen nicht abweichen könne, weil im Sinne der erwähnten allerrh. Entschliebung nicht bloß das allerdings stabile Moment der Ueberbürdung, sondern auch das veränderliche Moment der im Laufe des Jahres eintretenden Verhältnisse zu berücksichtigen ist; daher wäre die Bestimmung der abzuschreibenden Quote im Beginne des Jahres unthunlich; nach der Ernte aber, wo sie allerdings möglich wäre, würde sie sich vom gegenwärtigen Vorgange nicht wesentlich unterscheiden.

Was die Beziehung der Theiligten betrifft, so sei es nicht rathlich, ihnen eine maßgebende Stimme einzuräumen, da sie keinesfalls als unparteiische Beurtheiler der Sachlage angesehen werden könnten; übrigens versteht sich das hohe Finanzministerium, daß die Finanzbehörden, welche für die richtige Durchführung der allerrh. Entschliebung allein verantwortlich sind, erforderlichen Falls, ohne durch die Controle der Theiligten beirrt zu sein, gewiß nicht außer Acht lassen werden, die Theiligten pro informatione einzuberufen. Auch findet sich das hohe Finanzministerium bereit, den Unterbehörden aufzutragen, schon am Beginne jedes Verwaltungsjahres die aus dem stabilen Momente der Steuerüberbürdung bekannten und jedenfalls in Abschreibung zu bringenden Steuerquoten auszuscheiden und vorzumerken, beziehungsweise diese Quoten nicht einzubeheben und rückfichtlich derselben die Contribuenten auf keinen Fall mit Anwendung von Zwangsmaßnahmen zu befehlen.

ad b. Die Ausdehnung der allerrh. Entschliebung vom 31. December 1864 auf das ganze Land Krain in der Weise, daß anstatt der bisherigen 16 pCt. des Catastral-Reinertrages nur 12 pCt. zur Grundlage der Besteuerung zu dienen hätten, würde den Standpunkt gänzlich verändern, welcher rückfichtlich der Steuererleichterungen für Krain bisher eingehalten worden ist. Es würden dann nicht mehr die Steuerüberbürdung einzelner Landestheile und die besonders obwaltenden Verhältnisse, welche diese um so drückender erscheinen lassen, sondern eine gleichmäßige Ueberbürdung aller Landestheile als bestehend und maßgebend angenommen werden müssen, die offenbar nicht vorhanden ist. Und nachdem Seine Majestät bereits über den a. u. Vortrag vom 14. Jänner 1864, worin der Gegenstand umfassend gewürdigt und erläutert ist, die gleiche Bitte des krainischen Landtages wiederholt zurückgewiesen haben, so schien es nicht mehr angemessen, über denselben Gegenstand bei Sr. Majestät neuerdings a. u. Vortrag zu erstatten, u. z. um so weniger, als vom Krainer Landtage neue Gründe und Momente für seine Bitte nicht geltend gemacht worden sind.

ad c. Diese Ueberwachung sei nie außer Acht gelassen worden und Unzukömmlichkeiten in der angegebenen Richtung werden, so oft bestimmte Thatfachen zur Kenntniß des Finanzministeriums gelangen werden, auf das strengste geahndet.

So lautet im Wesentlichen die Erledigung des hohen k. k. Finanzministeriums.

Der Rechenschaftsausschuß erlaubt sich daraus mit Befriedigung hervorzuheben die Anordnung, daß die aus dem Momente der Ueberbürdung in Abschreibung zu kommende Quote schon im Beginne des Verwaltungsjahres auszuschneiden und nicht einzubeheben sei; ferner die Erwartung, daß die Finanzbehörden bei ihren Erhebungen in jedem erforderlichen Falle die Theiligten pro informatione einvernehmen, und endlich, daß die Beobachtung der hinsichtlich des fundus instructus bestehenden Vorschriften überwacht und jede diesfällige Unzukömmlichkeit auf das strengste geahndet werden würde.

Dagegen hat unsere Bitte, die Steuererleichterung für das ganze Land betreffend, welche doch das Hauptziel unseres Strebens ist und bleiben muß, vorläufig eine Erhöhung nicht gefunden, indem das hohe Finanzministerium die vom Landtage vorgebrachten Gründe nicht schwerwiegend genug gefunden hat, um darüber Sr. Majestät neuerdings einen allerunterthänigsten Vortrag zu erstatten. Somit ist diesfalls der vorjährige

Zustand unverändert geblieben, und es soll nun mitgetheilt werden, welche Erleichterungen in Gemäßheit der allerrh. Entschliebung vom 31. December 1864 nach dem bisherigen Modus dem Lande zu Theil werden sollen.

Um die erwähnte allerrh. Entschliebung für das Jahr 1865 wirksam zu machen, hat die hierortige k. k. Finanzdirection mit Erlaß vom 1. Februar d. J., Nr. 27/pr., an sämtliche k. k. Bezirksvorsteher und den Bürgermeister von Laibach den Auftrag erlassen, im Einvernehmen mit den Steueroberbeamten und allfälliger Beziehung der Gemeindevorstände oder anderer Vertrauensmänner bis Ende Februar d. J. nachstehende Ausweise vorzulegen:

1. Ueber die für das Jahr 1864 als einbringlich bezeichneten, jedoch noch nicht eingebrachten Steuerrückstände mit Angabe der Gründe der Nichteinbringung und mit Beziehung jener Rückstände, welche nicht einbringlich sind;

2. über die Steuerrückstände des Jahres 1865, welche wegen Zahlungsunvermögenheit der Contribuenten ganz oder theilweise uneinbringlich sind;

3. über jene Parteien, welchen wegen erwiesener Grundsteuerüberbürdung ein Theil der Grundsteuerschuldigkeit für das Jahr 1865 abzuschreiben wäre, unter Angabe der jährlichen ordentlichen Grundsteuerschuldigkeit, des Rückstandes und des abzuschreibenden Percentes von der ordentlichen Grundsteuer.

Bei diesem Punkte wurde ausdrücklich angeordnet: Die Ueberbürdung müsse thätlich nachgewiesen werden, z. B. durch Kaufschillinge für Realitäten, welche den Catastralwerth nicht erreichen; durch Pachtchillinge für Grundstücke, welche mit dem Reinertrage in keinem Verhältnisse stehen; durch Vergleichung des Reinertrages u. s. w.

4. über die einbringlichen Rückstände auf Grund dieser Ausweise und der darin erstatteten Anträge hat die hiesige k. k. Finanz-Direction dem hohen k. k. Finanzministerium nachstehende Steuerbeträge zur Abschreibung beantragt:

1. Wegen Zahlungsunvermögenheit an den Grundsteuerrückständen für die Vorjahre bis incl. 1864	fl. 8050-84 1/2
2. wegen Grundsteuerüberbürdung und der schlechten Ernte im Jahre 1865	fl. 111319-20 1/2
3. wegen Grundsteuerüberbürdung allein	fl. 3397-8 1/2
zusammen	fl. 149277-43 1/2

Das hohe k. k. Finanzministerium hat mit Erlaß vom 23. November l. J., Z. 43407, die Abschreibung dieser Grundsteuerumme, in welcher auch der Drittel- und der Kriegszuschlag einbegriffen ist, auch bereits thätlich bewilligt, bis auf den Betrag pr. 1858 fl. 58 fr., welcher wegen eines Rechnungsverstoßes ausgeschlossen wurde, jedoch in Folge der von der k. k. Finanz-Direction gegebenen Aufklärung nachträglich bewilligt werden wird.

Von dieser Summe werden 71662 fl. 16 fr. den Steuerrückständern abgeschrieben, 77615 fl. 27 1/2 fr. aber jenen Parteien, welche die Grundsteuer schon bezahlt haben, von der Schuldigkeit des Jahres 1866 abgerechnet.

Daraus wolle der Landtag entnehmen, daß für das Jahr 1865 den hierländigen Steuerträgern eine ziemlich namhafte Erleichterung zu Theil werden soll, was für das h. k. k. Landespräsidium und die k. k. Finanz-Direction, wie nicht minder mehrere k. k. Bezirke- und Steuerämter, die diese Sache mit Eifer gefördert haben, den aufrichtigen Dank des Landes verdienen.

Dabei darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß, so bedeutend auch diese Erleichterung für unsere schwerbedrückten Steuerträger ist, sie doch insoweit keine Beruhigung gewähren, die gerechten Ansprüche des Herzogthums Krain insoweit nicht befriedigen kann, als sie nicht eine stabilere Form angenommen hat und so lange die Möglichkeit nicht vorhanden ist, dieselbe allen Contribuenten im Verhältnisse ihrer Ueberbürdung möglichst gleichmäßig zu Theil werden zu lassen.

Ohne die bereits in der letzten Landtagsession gegen das gegenwärtige Verfahren hinsichtlich der Bestimmung der abzuschreibenden Steuerquoten vorgebrachten Bedenken, die auch noch jetzt ungeschwächt fortbestehen, wiederholen zu wollen, sei hier nur des Uebelstandes erwähnt, daß die für das Jahr 1865 bewilligte Steuererleichterung den einzelnen Steuerbezirken sehr ungleichmäßig zu Theil wird.

Die Hauptursache, warum sich der Landtag mit dem bisherigen Resultate seiner Bemühungen nicht zufriedenstellen und von der Wiederholung seiner oftmaligen Bitte nicht ablassen kann, ist die beharrliche Weigerung, die thätlich bestehende, in den frühern Landtagsessionen so gründlich dargethane Steuerüberbürdung Krains anzuerkennen.

Die Gründe, die der Landtag bisher zur Erweisung derselben vorgebracht hat, obgleich sie sich auf die feste Grundlage des Gesetzes, auf evidente Daten des Catasters und auf natürliche, für Jedermann wahrnehmbare Verhältnisse stützen, haben noch immer ihre Würdigung nicht gefunden. Diese Gründe sind aber bisher auch nicht widerlegt worden.

Gemeinlich wird gegen die Steuerüberbürdung Krains die Einwendung gemacht, daß die einfache Grundsteuer Krains nicht zu hoch sei, und daß erst die Zuschläge dieselbe so unerträglich machen. Diese Anschauung mag an und für sich nicht ohne alle Berechtigung sein; allein die Folgerung, die man aus derselben zieht, daß die Klage wegen Grundsteuerüberbürdung nicht begründet sei, ist jedenfalls unrichtig, denn das hat der Landtag nie behauptet, daß der krainische Grundbesitz bei seiner dermaligen Entwicklung die einfache Grundsteuergebühr ohne Drittel- und Kriegszuschlag und ohne die anderweitigen Zuschläge durchschnittlich nicht ertragen könnte.

Der Landtag behauptet nur, und hat es auch bewiesen, daß Krain gegenüber andern Ländern, namentlich gegenüber Kärnten und Steiermark, mit der Grundsteuer unverhältnismäßig belastet, somit relativ überbürdet ist, und daß die zu dieser Grundsteuer hinzugetretenen Zuschläge nicht nur das Mißverhältniß der Belastung gegenüber andern Ländern sehr gesteigert, sondern auch die Grundsteuer selbst bereits unerschwinglich gemacht haben.

Der Landtag könne, ohne seine Pflichten gegen die Comittenten tief zu verletzen, nicht aufhören, zu bitten, daß Krain hinsichtlich der Besteuerung nicht schlechter behandelt werden möge, als die anderen Länder der Monarchie; er kann nicht aufhören, zu verlangen, daß das dem Lande durch die Nichtbeachtung der im § 26 des allerhöchsten Patentes vom Jahre 1817 enthaltenen Anordnung zugesagte schwere Unrecht beseitigt und die Folgen desselben nach Möglichkeit gutgemacht werden. Der Landtag wird daher bei Festhaltung der bisherigen Grundlage einerseits die Parificierung unserer Steuerbasis mit jener von Kärnten und Steiermark; andererseits eine schleunige Abhilfe gegen die zunehmende Verarmung durch weitere Erleichterungen und möglichste Schonung des Stammcapitals und des fundus instructus anstreben.

Nachdem jedoch nach den bisherigen Erfahrungen das hohe k. k. Finanzministerium kaum zu bewegen sein dürfte, auf eine Steuererleichterung für Krain in der Weise anzutragen, daß die Steuervorschreibung für dasselbe nach einem geringeren Percentenfuß stattfinde, so scheint es angezeigt zu sein, anstatt eines Percentennachlasses eventuell um den Nachlaß einer bestimmten Summe von der ordentlichen Grundsteuerziffer zu bitten, welche dann unter die einzelnen Grundbesitzer nach Maßgabe ihrer relativen Ueberbürdung vertheilt, beziehungsweise denselben abgeschrieben werden würde.

Diese Modalität hätte den Vortheil, daß sie eine gleichmäßig gerechte Berücksichtigung aller Steuerträger ermöglichen würde, und daß sie namentlich gegenüber den gegenwärtig üblichen ungewissen, sowohl das Staats- als das Landesbudget beirrenden Abschreibungen in voraus und dauernd festgestellt werden könnte.

Das Comité glaubte zu diesem Zwecke den Betrag von 150.000 fl. v. W. vorschlagen zu sollen, weil dieser Betrag jene Ziffer nicht übersteigt, um welche die ordentliche Grundsteuer Krains auf Grundlage des Catasters geringer ausgefallen wäre, wenn man sich daselbst bei der Classificierung der Enturen und bei der Bestimmung des Reinertrages an jene Grundsätze gehalten hätte, als in Kärnten und Steiermark. Obige Ziffer ist aber auch deshalb nicht zu hoch gegriffen, als Krain wegen der bisher geleisteten mehrere Millionen betragenden Ueberzahlungen selbst gerechten Anspruch auf eine größere Berücksichtigung hat.

Die Wiederholung der Bitte wegen Ueberwachung der Vorschriften in Betreff des fundus instructus findet ihre Rechtfertigung darin, daß das Comité in verlässlicher Weise zur Kenntniß gelangt ist, daß noch immer Steuerexecutionen auf den fundus instructus geführt werden, was hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben ist, daß die k. k. Bezirksämter ihre Vollzugsorgane nicht hinlänglich controliren.

Selbstverständlich kann die Controale nur durch Revision der Pfändungs-Relationen wirksam geübt werden, und sie ist in der That um so nothwendiger, weil durch bloßes Einschreiten in Folge einer Beschwerde bei der notorischen Unkenntniß und Unbeholfenheit vieler, namentlich der ärmeren Steuercontribuenten, diesem wirtschaftlich und fiscalisch so verderblichen Mißbrauche nicht vollkommen gesteuert werden könnte.

Das Comité stellt demnach nachstehende Anträge: Der Landtag wolle beschließen:

An die h. Regierung werde die Bitte gestellt, sie geruhe:

1. Bei Sr. k. k. apost. Majestät zu erwirken, daß die durch die allerb. Entschließung vom 31. December 1864 den einzelnen Grundbesitzern, aber auch ganzen Gemeinden und Bezirken allergnädigst gewährten Steuererleichterungen in der Weise auf das ganze Herzogthum Krain ausgedehnt werden, daß für dasselbe vom Jahre 1867 an das Grundsteuerordinarium auf der Grundlage von 12 Percent statt der bisherigen 16 Percent des Catastralreinertrages ermittelt, und daß demgemäß auch die Zuschlagsziffern geregelt werden; oder aber eventuell, daß vom gegenwärtigen Grundsteuerordinarium pr. 565.637 fl. 42 fr. ein unter die einzelnen Grundsteuerträger nach Maßgabe ihrer relativen Ueberbürdung zu vertheilender Betrag pr. 150.000 fl. bleibend abgeschrieben werde, und daß der darnach verbleibende Rest vom Jahre 1867 an das Grundsteuerordinarium

bilde, nach welchen auch die Zuschlägeziffern zu regeln wären;

2. den k. k. Bezirksämtern den Auftrag zu ertheilen, daß sie sich von der genauen Befolgung der hinsichtlich des fundus instructus bestehenden Vorschriften bei Steuerexecutionen durch Revision der betreffenden Pfändungs-Relationen die Ueberzeugung zu verschaffen haben.

In der hierauf eröffneten Debatte, in welcher Graf Anersperg, Dr. Toman und Svetec als Berichterstatter für den Ausschußantrag sprechen, stellt Kromer ad 2 des Ausschußantrages den Antrag, daß die Gemeinde-Vorstände anzuweisen wären, bei allen Steuerexecutionen auf der Relation zu bestätigen, daß der fundus instructus nicht angegriffen sei — zieht selben aber, nachdem der Ausschuß nach einer mit demselben darüber gepflogenen Rücksprache nicht gewillt ist, Kromers Antrag zu dem seinigen zu machen, zurück.

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wird der Ausschußantrag ad 1 und 2 angenommen.

Nachdem der Herr Präsident die nächste Sitzung auf Samstag den 29. December, um 9 Uhr, anberaumt, bestimmt er für die Tagesordnung dieser Sitzung die von der heutigen Tagesordnung noch nicht erledigten und folgende weiteren Geschäftstücke:

1. Bericht des Straßen-Comité's wegen Einreichung der Vigaun-Zirknitzer Gemeindefstraße als Concurrrenzstraße.

2. Bericht des Straßen-Comité's über die Petition der Stadtgemeinde Stein mit den Gemeinden des Bezirkes Stein um eine Subvention für die Černa-Strasse und Erwirkung des Ausbaues des steierischen Theiles.

3. Bericht des Straßen-Comité's über die Petition der Gemeinde Planina um Einreichung der Planina-Kaltenfelder Gemeindefstraße in die Kategorie der Concurrrenzstraßen.

4. Bericht des Straßen-Comité's über die Petition der Gemeinde Senosetsch um Subventionirung der Reka-Strasse und Enthebung von der Arbeitsleistung.

5. Bericht des Straßen-Comité's über die Petition der Gemeinde Grafenbrunn um Aufnahme der St. Peter-Dornegger-Strasse in die Kategorie der Concurrrenzstraßen.

6. Bericht des Petitionsausschusses über die Petition der Gemeinden Wurzen, Kronau und Wald um Aufhebung der Sequestration.

7. Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des Landesauschusses über die von ihm zufolge Landtagsbeschlusses vom 15. Jänner l. J. bewilligte Subvention für die Vraniga- und Obergurk-Großlupper-Strasse.

8. Bericht des Comité's für die Ackerbauschule über den Antrag des Landesauschusses auf Errichtung einer niederen Ackerbauschule in Laibach.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Dringlichkeitspetition der Gemeinde Stopič und St. Michael um Gewährung einer Unterstützung wegen Hungersnoth. Schluß der Sitzung 3 Uhr.

16. Sitzung des krainischen Landtages

am 29. December 1866.

Beginn der Sitzung 9³/₄ Uhr.

Dem Hause präsidirte der Herr Landeshauptmann Karl v. Wurzbach.

Seitens der Regierung anwesend: Se. Excellenz der Herr Statthalter Eduard Freiherr v. Bach und der Herr Landesrath Roth.

Se. Excellenz der Herr Statthalter ergreift das Wort und beantwortet die in der gestrigen Sitzung vom Abgeordneten Svetec und Consorten gestellte Interpellation wegen angeblich durch die Gerichtsbeamten nicht genauer Befolgung des Justizministerial-Erlasses vom 15. März 1862, Z. 865, betreffend die Aufnahme der Verhöre und Einvernehmungsprotokolle, nach Rücksprache mit dem Herrn Landesgerichts-Präsidenten dahin, daß die diesfällige Angabe nicht richtig ist, indem im Einklange mit der diesbezüglichen Bestimmung des gedachten Erlasses die Gepflogenheit besteht und stets geübt wird, daß die sämtlichen Verhöre und Einvernehmungsprotokolle von den durchaus der deutschen und slovenischen Sprache kundigen Richtern und Schriftführern zwar in deutscher Sprache aufgenommen, darin aber alle wichtigeren und entscheidenden Stellen, wo es auf den innern Sinn und die Bedeutung der Aussagen wesentlich ankommt, zugleich auch mit den eigenen slovenischen Worten des Angeeschuldigten oder Zeugen ins Protokoll niedergeschrieben werden.

Es entfalle hiernach der Grund zur irgend einer Veranlassung im Sinne des von den Herren Interpellanten gestellten Verlangens.

Sohin wird zur Tagesordnung übergegangen, auf welcher folgende Geschäftstücke stehen:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Rechnungsabschluß des krainischen Landesfondes pro 1865 mit den Anträgen:

1. Der Rechnungsabschluß des Landes- und seiner Subfonde für das Jahr 1865 werde vorbehaltlich der nachzuholenden näheren Erläuterung hinsichtlich der Ueberschreitung an der präliminirten Entlohnung des Secirbiens am hiesigen allgemeinen Krankenhaus bezüglich der Cassageabrechnung mit den in der Hauptübersicht speci-

ficirten Gesamteinnahmen per . . . 360498 fl. 93 fr. und der detaillirten Gesamtausgabe per . . . 353825 „ 58¹/₂ „ sohin mit dem schließlichen baren Cassaresten per . . . 6673 fl. 34¹/₂ fr. genehmigt.

2. Der nach diesem Rechnungsabschlusse mit Ende December 1865 sich herausstellende Vermögensstand werde nach der Hauptübersicht

a) mit der schließlichen Cassabarschaft per . . . 6673 fl. 34¹/₂ fr.
b) mit dem reinen Activrückstande per . . . 125163 „ 32 „
c) mit den Activcapitalien resp. Obligationen im Nennwerthe per . . . 277380 „ 80 „
d) mit dem Geldwerthe der Realitäten und Inventarialwerthe per . . . 330865 „ 66 „

sohin mit dem reinen gesammten Activvermögensstande per . . . 740083 fl. 12¹/₂ fr. zur Kenntniß genommen.

3. Der Landesauschuss wird beauftragt, die Landeswohlthätigkeits-Anstalten-Direction zur standhaften Rechtfertigung der an den Secirbiener bezahlten Entlohnung aufzufordern und nach dem Ergebnisse derselben das in der Richtung weiters Erforderliche zu veranlassen. — Wird angenommen.

II. Bericht des Finanzausschusses über die in der Sitzung vom 22. December l. J. ihm zugewiesene Landtagsvorlage des Landesauschusses, betreffend die Subventionen für den Bau der Vraniga- und Obergurk-Großlupper-Strasse, mit dem Antrage:

a) Der Landesauschuss wird beauftragt, sich mit der k. k. Landesregierung wegen baldigster Ausführung der letzten Baustrecke der Obergurk-Großlupper-Strasse ins Einvernehmen zu setzen, wobei die möglichst ausgiebige Herbeiziehung der Concurrrenz der Gemeinden zu den Naturalleistungen anzustreben ist;
b) für den Fall nicht zu beseitigender Schwierigkeiten, welche den Ausbau dieser Strecke völlig hemmen und in zu weite Ferne rücken würden, wird der Landesauschuss zu einer weiteren entsprechenden Subvention dieser Strasse ermächtigt, welche jedoch den noch verfügbaren Rest der in das Landesfonds-Präliminare pro 1867 eingestellten Summe für Straßenbauten nicht übersteigen darf. Wird angenommen.

III. Begründung des vom Abg. Dr. Toman gestellten Antrages auf Bestellung von Förstern.

Dr. Toman betont die Nothwendigkeit der Bestellung von Förstern; bemerkt, wie ausgedehnt die Wäldungen in Krain seien, wie viel Reichthum in den Wäldungen liege — das Ende der Servituten-Ablösung werde vielen Besitzern Anlaß geben, die Hand nach den Forsten zu strecken, da werde es nothwendig sein, Wächter aufzustellen; dadurch werde das Privat-Eigenthum nicht eingeschränkt. Ob es besser wäre, daß diese Förster von der Regierung oder vom Lande gehalten werden sollen, könne Redner nicht sagen; Krain hätte schon derlei Förster gehabt; er wisse nicht, warum die Regierung sie aufhören ließ; denn gleich darauf begann man die Wälder zu devastiren; er wünsche nur, daß der Landtag etwas beschließe, was für die Forste nöthig ist; es würden für das Land drei Förster genügen; der kärntnerische Landtag habe diesfalls schon im Jahre 1865 den Beschluß gefaßt.

Auf den Antrag des Dr. Costa wird der Dr. Toman'sche Antrag dem Landesauschusse zugewiesen.

IV. Bericht des Straßen-Comité's wegen Einreichung der Vigaun-Zirknitzer Gemeindefstraße in die Kategorie der Concurrrenzstraßen, mit dem Antrage:

a) Die Gemeindefstraße von Vigaun über Zirkniz bis zu ihrer Einmündung in die Planina-Laafer Strasse wird als Concurrrenzstraße erklärt;
b) der Landesauschuss wird beauftragt, die weiteren Einleitungen zur Erwirkung der allerhöchsten Sanction zu veranlassen. Wird angenommen.

V. Bericht des Straßen-Comité's über die Petition der Stadtgemeinde Stein mit den Gemeinden des Bezirkes Stein um eine Subvention für die Černastraße und Erwirkung des Ausbaues des steiermärkischen Theiles, mit dem Antrage:

a) Der Landesauschuss werde beauftragt, sich bei der k. k. Landesbehörde und dem steierischen Landesauschusse kräftigst zu verwenden, daß der Bezirk Obergurk verhalten werde, der Verpflichtung, den ihn treffenden Antheil der Černastraße herzustellen, nunmehr ohne Verzug nachzukommen.

b) Bezüglich des von den Gemeinden des Bezirkes Stein gestellten Begehrens um Ertheilung einer Subvention aus Landesmitteln in dem für Erhaltung der Kunstbauten jährlich auszuweisenden Kostenbetrage wird der Landesauschuss beauftragt, vorläufig diesbezügliche Erhebungen zu pflegen und die geeigneten Anträge dem nächsten Landtage vorzulegen.

Nach einigen vom Abgeordneten Baron Alpaltrern gemachten Bemerkungen wird der Antrag des Comité's angenommen.

VI. Bericht des Straßencomité's über die Petition der Gemeinde Planina um Erklärung der Planina-Kaltenfelder Strasse als Concurrrenzstraße mit dem Antrage

auf Zuweisung dieser Petition an den Landesausschuß zur seinerzeitigen Antragstellung nach gepflogener Einvernehmung des im Bezirke Senofetsch aufzustellenden Straßencomités. Wird angenommen.

VII. Bericht des Straßencomités über die Petition der Gemeinde Senofetsch um Subventionierung der Refakstraße und Enthebung von der Arbeitsleistung.

Diese Petition enthält ein doppeltes Begehren, nämlich:

- a) den Nachlaß der rückständigen und Herabminderung der bestehend vorgeschriebenen landesfürstlichen Steuern, und
- b) die Zuwendung einer Unterstützung aus dem Landesfonde zur Erhaltung der ihnen zugewiesenen Strecke der Refakthaler Straße.

Diesemnach wird beantragt:

1. Der Punkt a der Petition ist durch den am 28sten December l. J. gefaßten Beschluß über den Bericht des Rechenschaftsbericht-Ausschusses in Betreff der Steuerüberbürdung des Landes als abgethan zu erklären.
2. Der Petition der Gemeinden des Bezirkes Senofetsch um Ertheilung einer Subvention aus dem Landesfonde zur Erhaltung der Refakthaler Concurrrenzstraße kann derzeit keine Folge gegeben werden.

Dr. Costa beantragt, daß der erste Theil dieser Petition, insoweit es sich um die Entlastung von der Steuerüberbürdung handelt, der k. k. Regierung zur geneigten Berücksichtigung abgetreten werde, was angenommen wird. Sodann wird zur Abstimmung über Punkt 2 des Antrages geschritten und derselbe angenommen.

VIII. Bericht des Straßencomités über die Petition der Gemeinde Grafenbrunn um Aufnahme der St. Peter-Dornegger Straße in die Kategorie der Concurrrenzstraßen mit dem Antrage, vorliegende Petition dem Landesausschuße zur Berücksichtigung bei der seinerzeitigen Verhandlung über die Examirierung der alten Fumauer Straße zuzuwenden; was angenommen wird.

IX. Bericht des Petitionsausschusses über die Petition der Gemeinden Kronau, Wald und Wurzen um Aufhebung der Sequestration mit dem Antrage: Diese Petition werde der Regierung zur besonderen Würdigung der dargestellten Verhältnisse abgetreten und vom Landtage die Hoffnung ausgesprochen, daß in dem Falle, als die Sequestration nicht schon in der nächsten Zeit (1867) aufgehoben werden könnte, die Regierung in ihrer Fürsorge für des Landes Wohl Mittel finden werde, die dagegen obwaltenden Anstände mit möglichster Beschleunigung zu beseitigen, einzuweisen aber Verfügungen zu treffen, wodurch den Gemeinden in ihrer drückenden Lage die größtmögliche Erleichterung verschafft werde, u. z. allenfalls durch thunliche Berücksichtigung der in der Petition am Schlusse sub 3 bis 9 ausgesprochenen Wünsche der Gemeinden.

Der Herr Statthalter gibt über den Inhalt der Petition berichtende Aufklärungen und erklärt, daß die k. k. Landesbehörde diesem wichtigen Gegenstande ihre ernste Aufmerksamkeit widme und bemüht sei, nach Zulaß der Verhältnisse entweder dem bestehenden Ausnahmestande bezüglich dieser Waldungen ein Ende zu machen oder doch einen Modus einzuführen, welcher den Interessen der Betheiligten zuzugender ist.

Dr. Roman und Svetec sprechen für die Petition und es wird der Antrag des Petitionsausschusses angenommen.

X. Bericht des Finanzausschusses über die vom Landesausschuße für die Braniga- und Obergurk-Großhupferstraße bewilligten Subventionen.

Findet die Erledigung sub II der Tagesordnung.

XI. Bericht des Comités für Ackerbauschule über den Antrag des Landesausschusses auf Errichtung einer niederen Ackerbauschule in Raibach mit folgenden Anträgen:

1. Von der Errichtung einer Ackerbauschule in Gemeinschaft mit den Nachbarländern wird abgesehen.
2. Die Frage wegen Errichtung einer selbständigen niederen Ackerbauschule im Lande Krain wird als eine offene erklärt.
3. Dagegen wird die Errichtung von landschaftlichen Specialschulen, nämlich eine Schule für Obst- und Weinbau, Seiden- und Bienenzucht in Unterkrain; dann einer niederen Forstschule in Ober- oder Innerkrain mit einem entsprechenden Beitrage aus dem Landesfonde als zunächst nothwendig anerkannt und der Landesausschuß beauftragt, die diesfalls nöthigen Voreinleitungen und Erhebungen zu pflegen und dem nächsten Landtage in seiner ersten Session die darauf bezüglichen definitiven Anträge vorzulegen.

4. Sollte es doch dem Landesausschuße nicht möglich werden, bis zur nächsten Landtagsession seine Vorschläge behufs Activirung dieser Specialschulen vorzulegen, so wird er beauftragt, in dieser nächsten Session definitive Anträge wegen Ertheilung von Stipendien zur Entsendung geborener Krainer mit entsprechender Vorbildung an anerkannt bewährte mittlere oder niedere landwirtschaftliche Schulen zu stellen. — Diese Anträge werden angenommen.

XII. Bericht des Finanzausschusses über die Dringlichkeitspetition der Gemeinde Stopitz und St. Michael um Gewährung einer Unterstützung wegen Hungersnoth mit dem Antrage:

- a. Das Gesuch des Gemeindevorstandes von Stopitz, St. Michael um eine Anshilfe aus dem Landesfonde

sei der k. k. Landesregierung mit dem Ersuchen um schleunige Erhebung des in diesem Gesuche geschilderten Nothstandes und um Bekanntgabe des Resultates abzutreten;

b. der Landesausschuß werde ermächtigt, je nach dem Ergebnisse dieser Erhebungen der gedachten Ortsgemeinde eine Anshilfe aus dem Landesfonde bis zum Betrage von höchstens 300 fl. zu bewilligen. — Wird angenommen.

XIII. Bericht des Petitionsausschusses.

A. 1. Petition der Gemeinde Dole im Bezirke Idria um Erwirkung eines Landesgesetzes zur Abgabe der Gebühr von 5 kr. an die Gemeindecasse für jedes Schaf, welches aus der Karstler oder Poiser Gegend in den Rayon der Gemeinde Dole zur Weide getrieben wird.

2. Petition des Casper Istenic, Johann Mral und Valentin Rogoušek um Nichtbewilligung obiger Gebühr.

Der Petitionsausschuß beantragt:

Der Petition der Gemeinde Dole werde keine Folge gegeben. Mit diesem Beschlusse findet nun auch die zweite Petition ihre Erledigung, daher der weitere Antrag: Die Petition sub 2 werde dem Landesausschuße zur entsprechenden Erledigung mitgetheilt. — Wird angenommen.

B. Die Ortschaft Breg und Patu, derzeit zu Preßer gehörig, bittet um Einverleibung in die Gemeinde Franzdorf.

Der Petitionsausschuß stellt den Antrag, daß dieser Petition derzeit keine Folge gegeben werden kann, und daß nur der Landesausschuß beauftragt werde, diesen Gemeinden die obwaltenden Anstände bekannt zu geben.

Abg. Dr. Roman stimmt diesem Antrage nicht bei, weiß nicht, warum eine Catastralgemeinde nicht getrennt werden und warum der Cataster hiezu den Maßstab geben soll; wünscht, daß diese Bedingung zur Bildung der Gemeinden von der Regierung aufgehoben würde.

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

C. Petition der Gemeinde Franzdorf um Bewilligung von drei Jahrmärkten für Waaren und Vieh. — Der Petitionsausschuß beantragt, daß dieser Petition keine Folge gegeben werde.

Dr. Roman und Mulley sprechen sich gegen den Ausschufsantrag aus; bei der Abstimmung wird jedoch derselbe angenommen.

D. Petition der Gemeindevorstände von Preßer, Rakitna, Verblene, Tomijel und Brunnendorf um Verwendung, daß unter dem Trauerberge eine Waarenaufnahmestation von der Südbahngesellschaft errichtet werde.

Der Ausschufsantrag geht dahin, daß der Landesausschuß beauftragt werde, sich mit der Südbahngesellschaft wegen Errichtung einer Waaren-, möglichen Falls auch Personen-Aufnahmestation unter dem Trauerberge ins Einvernehmen zu setzen. — Wird angenommen.

E. Gemeindevorstand von Großlapp:

1. Um Bewilligung einer Abgabe von jenen Viehen, welche von Fremden in die Gemeinde auf die Weide gebracht werden.

2. Um Vertheilung der Militär-Bequartierungslast auf das ganze Land.

3. Um Herabminderung der Steuern.

4. Um die Verfügung, daß die Schreiben des Bezirksamtes in slovenischer Sprache verfaßt werden.

Punkt 1 findet die Erledigung in dem Beschlusse über die Petition der Gemeinde Dole.

Punkt 2. Hierin ist der Landtag nicht competent, daher es lediglich Sache des Landesausschusses sein wird, über diese Petition die nach seinem Ermessen nöthige Erledigung zu erlassen.

Punkt 3 findet die Erledigung in dem über die Grundsteuer erstatteten Berichte.

Punkt 4. Der Wunsch wegen der Sprache wäre der Regierung befürwortend zur weiteren Verfügung bekannt zu geben.

Der Ausschuf beantragt daher die Zuweisung dieser Petition an den Landesausschuß zur entsprechenden, von 1 bis 4 motivirten Erledigung.

In der über diesen Gegenstand eröffneten Debatte sprechen Dr. Roman, Deschmann, Kromer, Svetec und Dr. Costa, welcher letzterer beantragt, daß die Petition des Gemeindevorstandes von Großlapp in Betreff der Steuerüberbürdung der Regierung zur Kenntniß gebracht werde, was angenommen wird, — sodann wird der Ausschufsantrag ebenfalls genehmigt.

F. Die Ortschaft Galek, im Bezirke Tschernembl, bittet um Auscheidung aus der Ortsgemeinde Tanzenberg und um Einverleibung mit der Gemeinde Dragatsch.

Der Antrag des Petitionsausschusses um Ueberweisung dieser Petition an den Landesausschuß zur entsprechenden Erledigung wird angenommen.

G. 1. Petition der Leitung des Vereins der Aerzte in Krain um Intervention für den Fortbestand der Bezirkswundärzte und Hebammen in Krain.

2. Petition des Vereins der Aerzte in Krain um Berücksichtigung obiger Petition der Vereinsleitung.

Ueber diese Petition wird beantragt, daß sie dem Landesausschuße zur entsprechenden Erledigung zugewiesen werde.

Nach einer kurzen Debatte, an welcher sich Abg. Deschmann und Berichterstatter Brolich theilhaft, wird der Ausschufsantrag angenommen.

H. Petition des Gemeindevorstandes in Laak wegen Verwendung der Gendarmerie durch den Gemeindevorstand, mit dem Antrage des Petitionsausschusses, welcher dahin lautet, daß diese Petition dem Landesausschuße zur entsprechenden Erledigung im Sinne des in der 11. Sitzung dieser Session über eine ähnliche Petition der Gemeinde Grafenbrunn gefaßten Beschlusses überwiesen werde. — Wird angenommen.

I. Gemeinde Dole bittet um Herabminderung der Steuern. Der Petitionsausschuß stellt den Antrag, daß diese Petition dem Landesausschuße zur entsprechenden Erledigung mit Hinweisung auf der in den Sitzung vom 28. December l. J. über die Grundsteuerfrage gefaßten Beschluß zugewiesen werde.

Dr. Costa beantragt, daß diese Petition der Regierung zur Kenntnißnahme übermitteln werde, was angenommen wird.

Graf Anton Auerperg ergreift das Wort. Indem er einen Rückblick auf die Landtagsperiode wirft, bemerkt er, daß schon in früheren Jahren zwei Parteien sich gegenüberstanden, von denen die Einen eine gewisse Vorliebe für den October hatten, die Andern endlich den Februar acceptirten. Der Staatsact vom 20. September v. J. brachte diese Meinungsschattirungen zu einem grelleren Gegensatze. Ein heftiger Kampf entbrannte zwischen beiden Parteien. Er glaube, daß keine Partei ihren Principien untreu geworden, daß sie sich in gleichmäßiger Stärke einander gegenüberstehen. Vielleicht sind die Einen in ihren Befürchtungen bekräftigt, die Andern in ihren Hoffnungen seither enttäuscht worden!

Wären heuer wieder etwa zum Erlaß einer Adresse jene Kämpfe aufgenommen worden, so wäre der Erfolg entweder gar keiner oder so viel als keiner gewesen, wenn man das parlamentarische Glücksspiel gespielt und mit einer Majorität von wenigen Stimmen irgend einen der Anträge durchgebracht hätte. In diesem Zeitpunkte könne aber der Ausspruch eines Landtages doch nur dann von Nachdruck und nachhaltiger Wirkung sein, wenn er nicht einstimmig, doch mit größtmöglicher imponirender Majorität gefaßt wird.

Nachdem der Redner sich des Weiteren in Auseinandersezungen des Verfassungslebens in Oesterreich ergeht, spricht er dem abgetretenen Landeshauptmann Anton Baron Codelli, dem jetzigen Landeshauptmann Carl v. Wurzbach, dem Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Suppan und allen Mitgliedern des Landesausschusses in Anerkennung ihrer Verdienste den Dank des Hauses aus; ferner gedenkt der Redner in dankbarer Erinnerung zweier aus dem Landesausschuße geschiedener Männer, von welchen Einen (v. Strahl) Krankheit, den Andern (Bürgermeister Ambrosch) der Tod vom Wirken daselbst entfernt hat.

Sohin endet der Redner mit dem Rufe: Gott schütze und segne unser geliebtes Heimatland Krain, Gott schütze und erhalte unser großes Vaterland Oesterreich und laß es die richtigen Wege wandeln zur Einheit und Freiheit, zum alten Ruhme und zur alten Macht! (Lebhafter Beifall begleitete und folgte dieser Rede.)

Indem nun der Herr Landeshauptmann Karl von Wurzbach das Wort ergreift, dankt er dem Grafen Auerperg für die gütige Beurtheilung seiner Dienste als Präsident des Landtages, dankt allen Abgeordneten für die ihm bewiesene Nachsicht; erklärt, daß sein Präsidententum nicht mit Dornen besät und daß es ihm durch die Unterstützung der Abgeordneten möglich geworden, die Landtagsverhandlungen so ruhig und friedlich zum Abschlusse zu bringen.

Wenn auch manchmal ein Gewitter gedroht, ein Sturm im Hause gerollt, so war doch das Schiff der Landtagsverhandlungen immer ruhig in den Hafen eingelaufen und habe nie Havarie erlitten.

Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter spricht der Herr Landeshauptmann im Namen des Landtages den tiefempfundenen Dank für das freundliche Mitwirken bei den Verhandlungen aus, und ersucht Sr. Excellenz um gütige Unterstützung, damit die Frage wegen des incamerirten Provinzial-Fondes und wegen der Steuerüberbürdung einer erfreulichen und entsprechenden Lösung entgegengehe. Zum Schlusse bringt der Landeshauptmann im Namen des ganzen Landtages auf Sr. Majestät den allergnädigsten Kaiser und Herrn ein dreifaches Hoch aus, in welches die Versammlung mit Begeisterung einstimmt.

Der Statthalter ergreift nun das Wort, gedenkt in der Rede der Umsicht und Ausdauer, mit welcher die wichtigsten Landtagsaufgaben gelöst, oder ihrer künftigen glücklichen Lösung nahe gebracht wurden.

Das Beste des Landes sei stets der Leitstern der Abgeordneten gewesen, und sie können mit voller Befriedigung auf ihr Wirken zurückblicken, für welches ihnen der Dank des Landes und das Vertrauen ihrer Wähler gesichert bleibt.

Er habe nur für die gütigen und vertrauensvollen Worte zu danken, die der Landeshauptmann an ihn gerichtet hat, so wie er der Versammlung für das freundliche Entgegenkommen danke, welches ihm das Verweilen in diesem Saale zur angenehmen und leichten Pflicht gemacht habe. (Beifallsrufe folgten dieser Rede.)

Sohin erklärt der Herr Präsident die Landtagsperiode als geschlossen.

Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr.

Oesterreich.

Wien, 27. December. Die „Deb.“ schreibt: Es ist gewiß eine ganz merkwürdige Sache, daß die auswärtigen Journale noch fortwährend von österreichischen Truppenconcentrungen an der galizischen Grenze zu erzählen wissen während es doch bei uns notorisch ist, daß die galizischen Garnisonen auch nicht um einen Mann verstärkt wurden, und daß alle gegentheiligen Berichte nichts als leere Erfindungen sind, mit welchen man sich nicht einmal in journalistischem Sinne mehr schön machen kann. Die „Breslauer Ztg.“ geht nichtsdeweniger sogar so weit, einen Bericht zu veröffentlichen, nach welchem angeblich so massenhafte Zusammenziehungen k. k. Truppen in Galizien stattfinden sollen, daß die Soldaten auf offener Straße und unter freiem Himmel bivouakieren müssen. An all' dem ist selbstverständlich kein wahres Wort, und man weiß nur nicht, ob man sich mehr wundern soll über den Correspondenten, der solche Märchen meldet, oder über das Blatt, welches mit wahrhaft unbegreiflicher Unbefangenheit derlei abgeschmackten Erfindungen seine Spalten öffnet.

— 28. December. Die „Deb.“ schreibt: Die zahlreichen Detailarbeiten, welche auf dem Gebiete des Heereswesens die Reform vorzubereiten bestimmt sind, scheinen ebenfalls bereits ein gutes Stück vorwärts gediehen zu sein. Wie nämlich in militärischen Kreisen verlautet, soll mit der im Zuge befindlichen Armee-Reorganisation, für die man demnächst schon die a. h. Sanction erwartet, die Vermehrung der Infanterie auf 100 Regimenter und der Jäger auf 50 Bataillons zu erwarten sein. Der gegenwärtig definitiv angenommenen Armee-Eintheilung in Divisionen würde dies vollkommen entsprechen, und es würde sonach die Armee auf 25 Divisionen mit 50 Brigaden gebracht werden können. — Ferner soll das bereits der Vollendung nahe gerückte neue Avancementsgesetz für die Armee als Hauptbaustein des Gruppen-Avancement in Anwendung bringen. Diesem nach würde somit beispielweise das Avancement in der Infanterie nach den Nationalitäten künftig stattfinden. Es würde das Avancement daher in den ungarischen, deutschen, böhmischen, polnischen Regimentern abgesondert in der ganzen Gruppe stattfinden. Analog diesem einzuführenden Gruppen-Avancement bei der Infanterie und in der Jägertruppe, welches künftig vom Kriegsministerium und nicht von den Regiments-Inhabern erfolgen soll, soll auch das Avancement in der gesamten Cavalerie, jedoch auch abgesondert, in der deutschen (schweren) Cavalerie, bei den Husaren und Ulanen stattfinden, wie dies jetzt schon bei der Artillerie eingeführt war. Unter den Arbeiten in der Armee-Reorganisation soll auch bereits die mit großer Sorgfalt und im ausgedehnten Maße einzuführende Schulbildung in der Armee zum Abschluß gebracht sein. So viel darüber in militärischen Kreisen verlautet, sollen Stabs-officiers-Schulen in den verschiedenen Generalaten, Divisions- und Brigade-Schulen für Oberofficiere, Cadeten-, Feldwebels-, Unterofficiers- und Mannschafts-Schulen zur Einführung beantragt sein. Schließlich heißt es, das auch die Militärgerichte einer wesentlichen Umgestaltung unterzogen und die bezüglichlichen Arbeiten bereits beendet und a. h. Orts genehmigt sein sollen.

— In Wien eingelangte Nachrichten aus Miramar melden eine fortdauernde Besserung in dem Befinden der Kaiserin Charlotte. Die Wangenröthe werden immer seltener und als ein besonders erfreuliches Zeichen einer eingetretenen Krisis wird von den Ärzten der Umstand angesehen, daß die kranke Frau in letzter Zeit bereits zu wiederholten malen in Thränen überfluthet wurde.

Aus Nordtirol schreibt man uns, daß der Betrieb des ärarischen Bergbaues am Eisenstein und in der Schwader bei Schwarz sehr eingeschränkt ist, und daß mehr als die Hälfte der Bergarbeiter pensionirt worden sind. Jedoch steht zu erwarten, daß die Ausbeutung dieser Bergwerke, welche ein vortreffliches, besonders zur Stahlbereitung geeignetes Eisen liefern, nicht gänzlich eingestellt, sondern gegen eine entsprechende Summe an Privatunternehmer überlassen werde. Als eine erfreuliche Nachricht wird hinzugefügt, daß der von einer Vergaungesellschaft, an deren Spitze der reiche Besitzer Herr v. Meyren aus Cöln steht, seit einigen Jahren in der Gegend des ehemals berühmten Silberbergwerkes Falkenstein betriebene Bau auf Kupfer und Silber fortwährend an Ausdehnung und an Wichtigkeit für die dortige Gegend gewinnt. Besonders soll an den oberen Abhängen des durch seine Fernsicht bekannten Kellerrjochs große Ausbeute an den genannten Metallen zu erwarten sein, weshalb die tüchtigen Leiter den Bau daselbst, der jetzt wegen des vielen Schnees ausgesetzt werden mußte, im kommenden Frühjahr mit einer großen Zahl von Arbeitern zu führen gedenken.

Rusland.

Mosk., 27. December. Der Waffenminister stellte heute Vormittags dem Papste die päpstlichen Officiere vor und sagte: Alle seien dem Papste ganz ergeben und bereit zu kämpfen, zwar nicht gegen die Römer, weil diese Freunde der Ordnung sind, wohl aber gegen die Fremden, welche es wagen würden, zur Störung des Friedens zu kommen. Der Papst antwortete: Er zweifle

nicht an den Gefinnungen seiner Soldaten, und fordere sie auf, sich vor den Gefahren zu hüten, auf welche die Feinde des heil. Stuhles zählen, unter sich Eintracht, Friede und Mäßigung zu bewahren, den Versuchungen zu widerstehen und in der Vertheidigung der großen Sache, zu welcher die Vorsehung sie berief und welche die der Gerechtigkeit und der Religion ist, auszuharren.

Paris, 28. December. Der „Moniteur“ schreibt: Eine Depesche des Admirals Roze vom 22. October meldet, daß er am 16. October Canghai, eine wichtige Stadt auf Corea, genommen habe. Admiral Roze hatte am 19. von dem Könige von Corea ein Schreiben erhalten, auf welches er unter Bekanntgabe der Satisfaction, welche er beanspruche, geantwortet hatte. Roze war am 22. noch in Canghai und erwartete die Dolmetscher, welche er aus Shanghai verlangen ließ.

Madrid. Trokdem sich die spanische Regierung seit der Rückkehr der Königin von Lissabon den Anschein gibt, als sei nun alles in Spanien gut bestellt und nichts mehr zu befürchten, so dürfte es dennoch lange dauern, bis Spanien wirklich zur Ruhe kommt, wenn nicht überhaupt schon demnächst ein gewaltiges Pronunciamento die Hoffnungen der Regierungsmänner über den Haufen wirft. In Madrid ist man überzeugt, daß das Gerücht von einer eben entdeckten Verschwörung gegen das Leben der Königin begründet ist. Olozaga und Fernandez de los Rios, zwei Hauptführer der Progressisten, scheinen tief in diese Unternehmung verwickelt zu sein. Das amtliche Blatt veröffentlicht die Anklageacte, nach welcher der erstere vor das Kriegsgericht geladen wird, um sich wegen offener Verschwörung gegen die Königin zu verantworten. Auch der Leiter des Blattes „Soberania nacional“, das von Olozaga patronirt wird, Angel Fernandez, ist in Anklagestand versetzt. Olozaga befindet sich gegenwärtig in Florenz. Trokdem, daß sich Narvaez den Anschein der größten Sicherheit gibt, hat man in Madrid doch offenbar immer noch die größten Besorgnisse über Umtriebe der Emigration. Und die Proclamation, welche die Generalcapitäne in Catalonien und anderen Provinzen erlassen haben und durch welche der Ausnahmezustand neuerdings befestigt wird, sind eine seltsame Illustration zu der zuversichtlichen Behauptung von Narvaez: daß ihm das Werk der Disziplinirung Spaniens bereits ganz gelungen sei. (Deb.)

London, 26. December. (N. Fr. Pr.) Die Yacht „Henriette“ langte gestern um 4 Uhr in Cowes an. Dieselbe hat in dem großen oceanischen Wettrennen den Preis gewonnen. Sie machte die Tour von New-York nach Cowes in 13 Tagen und 22 Stunden, die schnellste Fahrt, welche jemals gemacht worden ist. Die beiden andern Yachten, „Vesta“ und „Fleetwing“, kamen heute Morgen an, die letztere 8 Stunden später als die erstere, und diese 38 Stunden 10 Minuten später als die „Henriette“. Der königliche Yacht-Club feuerte heute elf Kanonensalven zu Ehren der Yachten ab. Die „Henriette“ ließ die Mannschaft auf die Segelstangen klettern und neugte das Sternenbanner in der Weise, wie es bei Kriegsschiffen gebräuchlich ist. Es herrschte großer Enthusiasmus und Bankette werden veranstaltet. „Fleetwing“ verlor sechs Seelente beim Einziehen des Vordersegels. Die englischen Yachtmänner haben den Amerikanern die Gastfreiheit angeboten. Von den Eigenthümern der drei Yachten mochte nur Herr Bennet junior die Reise persönlich mit. (Die Wettfahrt wurde bekanntlich neulich in New-York von drei amerikanischen Yachteigenthümern veranstaltet. Der Preis für die Yacht, welche zuerst in Cowes (England) landete, wurde auf 90.000 Dollars festgesetzt. Herr Bennet, der Sohn des Eigenthümers des „New-York Herald“, hat demnach diesen fürstlichen Preis gewonnen. Dieses ist das erste Mal, daß eine Yacht von Amerika nach Europa gesegelt ist.)

London, 28. December. Die heutige „Times“ erachtet den Ausbruch eines Krieges zwischen der Türkei und Griechenland für bevorstehend, bezweifelt aber die sofortige Betheiligung der übrigen Großmächte an diesem Kriege. Oesterreich könnte nur mit Deutschland verbündet seine bisherigen Verluste im Osten ersetzen; eine Allianz Oesterreichs mit Frankreich aber würde Preußen in die Armee Rußlands drängen. Rußland würde die untere Donau, Preußen die obere Donau erobern. England werde hoffentlich bei dem unvermeidlichen Falle der Türkei ein Einschreiten weder beschleunigen noch verzögern.

Constantinopel, 28. December. (Direct.) Für den bei Candia durch ein türkisches Kriegsschiff beschossenen und beschädigten italienischen Dampfer „Principe Tommaso“ fordert Italien eine Entschädigung von 52.000 Francs, die Absehung des Capitäns des türkischen Schiffes und die Salutirung der italienischen Flagge. — Die Regierungsorgane reduciren die Nachrichten von einer hellenischen Invasion auf einige in Thessalien eingefallene Räuberbanden. — Aus Buchara ist ein außerordentlicher Abgesandter hier eingetroffen.

Aus Syra vom 23. December wird gemeldet: Mit dem „Panhellion“ sind abermals 800 Freiwillige, darunter viele Garibaldiner, unter Major Petropolachi abgegangen.

Tagesneuigkeiten.

— Am 21. d. M. stand vor den Schranken des Münchener Stadtgerichtes ein Angeschuldigter seltener Art, der Derwisch Hadshi Mahmud aus Jerusalem, angeklagt der Landstreicherei; in mehr malerischem als sauberm orientalischen Costüme an die Schranke gelehnt, beantwortete derselbe in gelaugtem Arabisch mittelst eines Dolmetschers mit sichtlich großer Heiterkeit die an ihn gestellten Fragen und wurde schließlich unter Anrechnung der bereits erstandenen Detention als Strafe entlassen und durch polizeiliches Zwangs-Bisum über die Grenze in der Richtung nach seiner Heimat gewiesen. Mit echt orientalischer Grandezza nach arabischer Art grüßend, verließ der fröhliche Türke den Saal. — Offenbar hat diesen heiteren Pilger der Ruhm des Hofbrauhauses nach München gelockt.

— Die größte Eisenbahnbrücke über die Themse, die in Zukunft jeder passiren wird, der von dem Continent über Dover nach London reist, wurde am 20. d. eröffnet. Sie spannt sich über den Fluß Battersea und Pimlico und hat acht Schienenstränge neben einander, so daß sie, wenn auch nicht die größte, so doch sicher wohl die breiteste der Welt genannt werden kann.

Locales.

— Weiters haben für je ein Exemplar der vom Herrn Finanzdirector v. Felsenbrunn herausgegebenen statistischen Tabellen über die directen Steuern in Krain zu der beabsichtigten Invalidenstiftung gespendet: Herr Dr. Karl v. Wurzbach, Landeshauptmann, 10 fl.; Dr. Lovro Roman, Hof- und Gerichtsadvocat, 2 fl.; Dr. Andreas Luschin, k. k. Landesgerichtspräsident, 5 fl.; Wilhelm Pfeifer, Jurist und Realitätenbesitzer, 5 fl.

— Die vom Herrn Lauch veranstaltete Soiree zu Gunsten der Abbrandler von Straßische ergab einen Reinertrag von 40 fl., welcher bereits seiner Bestimmung zugeführt und wofür dem genannten Gastgeber der gebührende Dank ausgesprochen wurde.

— Die heute im Balconsaale der Casinoslocalitäten stattfindende Sylvesterkneipe der Turner, Sänger und Schützen, welche, wie wir vernehmen, ein äußerst reichhaltiges Programm bieten wird, beginnt um halb 8 Uhr Abends.

— Zu der gestrigen Christbaumfeier des hiesigen Gesellenvereins, zu welcher eben keine speciellen Einladungen ergangen waren, fanden sich im Vereinslocale gleichwohl mehrere Freunde dieser humanen Gesellschaft ein. Es war ein schönes Fest, welches man ein Familienfest nennen könnte, und zwar einer Familie, deren besorgter Vater der Herr Consistorialrath und Professor Bončina ist. Vor einem mächtigen Christbaum sangen die frischen muntern Gesellen sowohl deutsche als slovenische Chöre, und sie sprachen deutsche und slovenische Gedichte, ja selbst eine ganze Scene wurde von dreien in deutscher Sprache ausgeführt, und zwar zu großem Beifalle der Anwesenden. Das kleine häusliche Fest endete mit dem gewöhnlichen Abendgebete, worauf die Gesellen um die, von einigen Wohlthätern gespendeten Geschenke Tombola spielten. Der Verein zählt bei 60 Mitglieder, könnte aber deren noch vielmehr zählen, und es ist in der That befremdend, daß sich insbesondere die eingebornen Gesellen nicht zahlreicher daran betheiligen. Die Meister und die hochwürdigen Seelsorger sollten darauf hinwirken.

— Oberarzt Dr. August Hoser vom 17. Infanterie-Regiment wurde zum Zeugartilleriecommando Nr. 10, und Oberarzt Dr. Franz Werden von Zeugartilleriecommando Nr. 10, zum 17. Infanterie-Regiment übersezt.

— Der Personalstand des Rechnungs-Departements der hiesigen k. k. Landesbehörde besteht in einem Leiter mit Titel und Charakter eines Statthaltererrathes: Herr Rechnungsrath Paller aus Gratz, Rechnungsrath: Herr Zurbaleg, Rechnungsofficiale Herren Rechfeld, Ludmann, Kastellig, Mülle, Pfeifer, Franzl, Suppan, und Kolloretto vom bestandenem Rechnungs-Departement in Laibach, dann Twerdy von der Staatsbuchhaltung in Gratz.

1. Sch. N. v. Waldheims xylographische Anstalt in Wien hat allgemein anerkannter Mäßen die Xylographie in Oesterreich auf eine der ausländischen gleiche Stufe gestellt. Zehn Jahre hat Waldheim, der zugleich Verleger des bekannten politischen Witzblattes „Figaro“, ist eine belletristische Zeitschrift ebirt, die der auswärtigen Belletristik höchst ehrenvolle Concurrnz machte, manchen Pränumerationsgulden in Oesterreich festhielt, aber mit dem Schlusse 1866 leider eingeht. Es fehlt uns Oesterreichern nicht an geistigem Capital und die, ich glaube fast zu elegante Ausstattung von „Waldheims illustrirten Blättern“ bewies, daß in unserem Reiche auch Unternehmungsmuth zu finden ist: aber die Concurrnz der stempelfreien und selbst durch wohlfeilere Postexpedition begünstigten ausländischen Zeitschriften liegt um so drückender auf dem einheimischen Producte, als der Herausgeber eines Wochenblattes in Oesterreich für jedes Tausend Exemplare eine jährliche Steuer von 520 fl. zu entrichten hat, während der Herausgeber eines ähnlichen Blattes in Sachsen, Württemberg u. s. w. keine dergleichen Steuer bezahlt. Waldheim hofft auf bessere Zeiten und hat sein Unternehmen, — das auch in Deutschland Abonnenten hatte, — nur zeitweilig sistirt. Dafür erscheine bei ihm vom 1. Jänn. 1867 aus der Feder des berühmten Schriftstellers Moriz Hermann „Dunkle Geschichte aus Oesterreich“, ein Novellen cicus der interessantesten Art. Hermanns Ruf ist durch die Anerkennung, welche ihm Hackländer zu Theil werden ließ, ge-

